

# Brief aus Berlin

Nr. 01/12

29.01.2012

## **Jahresausblick stimmt positiv Gute Gründe für ein gutes Jahr 2012**

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!*

*Die christlich-liberale Koalition hat im Jahr 2011 gezeigt, dass sie in der Lage ist, auch unvorhersehbare Herausforderungen mit Konsequenz und Beharrlichkeit erfolgreich zu meistern. Daher haben wir guten Grund, voller Zuversicht ins neue Jahr zu blicken.*

*Dies bestätigt auch der Jahreswirtschaftsbericht zur konjunkturellen Lage in Deutschland, der überaus positiv ausfällt. Zwar wird die Wirtschaftsleistung voraussichtlich langsamer ansteigen als in den beiden Jahren zuvor. Doch dank der hervorragenden Arbeit der Unternehmen – insbesondere des Mittelstandes – und der Beschäftigten in unserem Land wird unser Wachstum stabil bleiben. Deutschland wird aufgrund der soliden Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Koalition keinen Rückgang der Wirtschaftsleistung erfahren, anders als manche unserer europäischen Partner. Auch auf dem Arbeitsmarkt wird sich die gute Entwicklung im Jahr 2012 weiter fortsetzen. In den vergangenen 10 Jahren ist die Beschäftigung übrigens in keiner Altersgruppe stärker angestiegen als bei den über 50-Jährigen.*

*Daneben stimmt der Ausblick auf 2012 auch abseits der Wirtschaftspolitik positiv: So entwickelt sich beispielsweise der Bundesfreiwilligendienst zu einem Erfolg. Seit dem Start im Juli 2011 gibt es bereits über 30.000 Freiwillige, die diesen Dienst aus freien Stücken leisten. Das zeigt, dass die Menschen in unserem Land sich gerne freiwillig engagieren und die christlich-liberale Koalition zu Recht auf das Engagement der Bürger vertraut hat. Die neuen Freiwilligendienstformate sind damit gelungen und waren kein Fehlschlag – wie dies von der Opposition wieder einmal misstrauisch vorhergesagt wurde.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Max Lehmer MdB*

## **Finanzmarktstabilisierung und Rating-Agenturen Finanzmärkte stärken und schützen**

Die christlich-liberale Koalition hat das neue Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit der ersten Beratung im Plenum auf den parlamentarischen Weg gebracht. Das Gesetz soll dazu beitragen, das Vertrauen der Bürger in das Bank- und Finanzsystem wieder herzustellen. Auch ein anderer Bereich des Finanzsystems hat die Koalition diese Woche beschäftigt: die US-Rating-Agenturen. CDU/CSU und FDP wollen die Macht der drei großen Agenturen begrenzen.

Während es in dieser Woche in erster Lesung um die vorsorgliche Neuauflage des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) aus dem Jahre 2008 ging, musste die christlich-liberale Koalition die politische Agenda um ein großes weiteres Thema ergänzen. Denn die Abstufung der Bonität von neun Euro-Staaten und dem Euro-Rettungsschirm EFSF durch Standard & Poors (S&P) hatte quer durch Europa Unverständnis ausgelöst und die US-Rating-Agenturen ins Blickfeld geschoben. Die US-Agenturen hatten im Jahr 2008 die Finanzmarktkrise entscheidend mit ausgelöst, weil sie riskante Finanzprodukte fälschlicherweise als sichere Anlagen eingestuft hatten.

Nach der Herabstufung durch S&P befasst sich die christlich-liberale Koalition daher nun mit der Frage, wie der Einfluss der US-Agenturen auf die europäischen Finanzmärkte künftig sachgerechter ausgestaltet werden kann. Diskutiert werden drei verschiedene Optionen, um die starke Einflussnahme zurückzufahren: Die Einrichtung einer großen europäischen Rating-Agentur, die Steigerung der Transparenz der Rating-Ergebnisse und eine mögliche Stärkung der Eigenverantwortung der Kapitalmarktteilnehmer.

In den vergangenen Jahren wurde die Bedeutung der Rating-Ergebnisse durch entsprechende Verankerungen in den Basel-II-Eigenkapitalvorschriften gesetzlich verstärkt. Auch die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt spricht sich daher für eine kritische Überprüfung aus, an welchen Stellen gesetzliche Vorschriften geändert werden können, um der starken Abhängigkeit entgegenzuwirken. Das Aufbrechen des Oligopols der drei großen US-Rating-Agenturen ist für die Landesgruppenvorsitzende ebenfalls eine Möglichkeit. Die drei Ratingagenturen haben einen Marktanteil von über 90 Prozent. Aus diesem Grund müsse man die Gründung einer europäischen, aber weltweit tätigen, Agentur prüfen und gleichzeitig mehr Transparenz in die Arbeit der US-Agenturen bringen.

Unmittelbare Konsequenzen für den Euro-Rettungsschirm sind nach dem Verlust der S&P-Bestnote für Frankreich, Österreich und den EFSF derzeit nicht feststellbar, da die Märkte auf die Herabstufung kaum reagiert haben. Zudem ist S&P auch die einzige der drei großen Agenturen, die die EFSF herabgestuft hat, während die beiden anderen Agenturen die Bestnote AAA weiterhin aufrecht erhalten. Mit der geplanten schnelleren Überführung des Euro-Rettungsschirms in den dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM dürften sich die Folgen nach übereinstimmender Auffassung der christlich-liberalen Koalition ohnehin in Grenzen halten.

## **Koalition setzt Zeichen beim demografischen Wandel Potenziale des Alters nutzen**

Die christlich-liberale Koalition setzt sich für neue Altersbilder in der Gesellschaft ein. Die allgemein verbreiteten Meinungen, Überzeugungen und Einstellungen über das Alter und das Älterwerden seien entscheidend dafür, ob Deutschland die Potenziale des Alters nutzt und diese Potenziale sich entfalten können.

Mit neuen und zeitgemäßen Altersbildern will die christlich-liberale Koalition neue Wege für Selbst- und Mitverantwortung älterer Menschen ebnen. Konkret geht es in dem zusammen mit dem aktuellen Bericht zur Lage der älteren Generation

debattierten Antrag darum, bestehende Altersgrenzen in allen Lebensbereichen neu zu bewerten. Es solle beispielsweise geprüft werden, welche Anreize für ein längeres Erwerbsleben gesetzt werden können. Damit einher geht das Vorhaben, die Potenziale und Ressourcen der zweiten Lebenshälfte besser zu nutzen, beispielsweise im Bereich Bildung und Qualifizierung. „Bildung kann nicht länger auf die erste Lebenshälfte beschränkt werden“, heißt es in dem Antrag. Auch die Unternehmen seien hier in der Pflicht, in den Erhalt der Arbeitsfähigkeit sowie die Weiterqualifizierung älterer Beschäftigter zu investieren.

Im Bereich der Gesundheitspolitik sei eine Orientierung an einer Gesellschaft des langen Lebens zwingend erforderlich; der Antrag führt hierzu aus: „Viele Krankheiten werden zu Unrecht als Alterserscheinung begriffen. Krankheit und Alter sind nicht kongruent und deshalb begrifflich und fachlich zu entkoppeln.“

Bei der Vermittlung zeitgemäßer Altersbilder sieht der Koalitionsantrag auch die Medien in der Verantwortung. Die Bundesregierung könne in diesem Bereich zur medialen Verbreitung positiver Altersbilder beitragen, beispielsweise durch die Prämierung hervorragender Beiträge.

## **Antrag Sicher im Verkehr**

Die Koalition hat in dieser Woche die Unfallverhütung im Straßenverkehr in den Blick genommen. Die gute Arbeit in diesem Bereich sei gezielt weiter voranzutreiben.

Die Verkehrssicherheitsarbeit von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer sei erfolgreich, stellt der Koalitionsantrag zunächst fest. Die Folge: Die Zahl der Verkehrstoten sei im Jahr 2010 auf den bislang niedrigsten Stand gesunken. Doch insbesondere für Kinder und ältere Menschen müssten gezielt noch mehr Anstrengungen unternommen werden. Deutschland solle sich zudem das ehrgeizige Ziel setzen, bis 2020 eine weitere Reduzierung der Zahl von 3.657 Verkehrstoten im Jahr 2010 um 40 Prozent zu erreichen. Es dürfe dabei nicht nur der Autoverkehr im Blick sein, das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen bei allen Radfahrern, insbesondere aber bei Kindern und Jugendlichen, müsse durch Kampagnen und geeignete Maßnahmen weiter gefördert werden.

## **Landesgruppe erreicht wichtiges Signal Keine Patentierung von Nutztieren und Nutzpflanzen zulassen**

Auf Initiative der CSU-Landesgruppe hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit einem wichtigen Antrag zur Biopatentierung zugestimmt. Dem Antrag aus der Feder der Landesgruppe schlossen sich neben der Koalition auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

Auf Nutztiere und Nutzpflanzen soll es keine Patente geben dürfen und trotzdem soll der Schutz geistigen Eigentums sichergestellt sein. Diese beiden Ziele nimmt der von der CSU-Landesgruppe initiierte fraktionsübergreifende Antrag in den Blick. Der

gemeinsame Antrag stärkt die Bundesregierung nunmehr dabei, auf europäischer Ebene die erforderlichen Rechtsänderungen zu erreichen.

Der Schlüssel liegt laut Antrag in einer klaren Vorgabe: Technische Verfahren sollten patentierbar bleiben, herkömmliche Züchtungsverfahren dagegen dürfen ebenso wie die damit erzeugten Nutztiere und -pflanzen nicht patentierbar sein. Auch wenn eine entsprechende Rechtsprechung des Europäischen Patentamtes hierbei bereits in die richtige Richtung geht, waren bislang noch wichtige Fragen offen. Der jetzt beschlossene Antrag setzt sich daher für Präzisierungen auf allen Rechtsebenen ein, mögliche Hintertürchen sollen geschlossen werden.

Darüber hinaus fordert der Antrag ein staatliches Biopatent-Monitoring, das die Auswirkungen des Bio-Patentrechts sowie einen Dialog mit den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen umfasst. Die EU-Kommission soll bei ihren Berichten die ethischen Aspekte sowie die Folgen für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit und für die Forschung berücksichtigen.

## **Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2012 Wachstum für Europa und mit Europa**

Deutschland bleibt der wichtige Anker für Stabilität und Wachstum in Europa, auf diese Kurzformel lässt sich der Jahreswirtschaftsbericht 2012 bringen. Nach zwei außergewöhnlich wachstumsstarken Jahren erwartet die christlich-liberale Bundesregierung für dieses Jahr ein robustes Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent.

Damit wächst die deutsche Wirtschaft nach wie vor kräftiger als der Euroraum insgesamt. Aufgrund des derzeit schwierigeren außenwirtschaftlichen Umfelds rechnet der Jahreswirtschaftsbericht zwar mit einer vorübergehenden Wachstumsdelle im Winterhalbjahr. Im Jahresverlauf werde die weiter anziehende Binnennachfrage aber zu einem insgesamt nachhaltigen Wachstum führen.

### **Stabilitätsunion ist Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum**

Diese Entwicklung ist der Wirtschaftsprognose zu Folge auch der Grundstein für die Fortführung des mittlerweile fest mit der unionsgeführten Bundesregierung verbundenen Aufschwungs am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in diesem Jahr noch einmal um 220.000 Personen zulegen. Die Arbeitslosenquote wird auf 6,8 Prozent sinken. Die Arbeitslosigkeit wird damit auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren sein. Auch die Einkommen der privaten Haushalte werden laut Jahreswirtschaftsbericht um 3 Prozent steigen. Da gleichzeitig die Inflation mit 1,8 Prozent moderat ausfällt, bleibt unterm Strich ein deutliches Plus an Kaufkraft und eine Binnenwirtschaft, die für Wachstumsdynamik sorgen kann.

Stetiges Wachstum in Deutschland ist jedoch nur mit nachhaltigem Wachstum in Europa möglich. Der Bericht sieht die Staatsschuldenkrise in Europa als Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung und stellt fest, dass Europa zu einer Stabilitätsunion mit gemeinsamen Werten, glaubwürdigen Regeln und klaren Sanktionen werden muss. Es gilt jetzt, mit Hochdruck an der konkreten vertraglichen Umsetzung der Stabilitätsunion zu arbeiten und den Vertrag zur stärkeren

Fiskaldisziplin ohne Abstriche so strikt und konsequent auszugestalten, wie er zwischen 26 der 27 EU-Staats- und Regierungschefs vereinbart wurde. Dabei ist auch aus Sicht der CSU-Landesgruppe eine enge Verzahnung mit dem neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM wichtig und hilfreich. Solidarität und Solidität müssen Hand in Hand gehen.

### **Demografische Entwicklung gegen Fachkräftemangel nutzen**

Die christlich-liberale Koalition wird aber auch national die Voraussetzungen für einen stetigen wirtschaftlichen Aufwärtprozess in Deutschland weiter verbessern. Leitlinien dafür bleiben die erfolgreichen Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Koalition dem zunehmend spürbaren Fachkräftemangel wirksam entgegentreten und auch die Chancen des demografischen Wandels in diesem Bereich nutzen. Dies umfasst die Einbindung älterer Arbeitnehmer mit ihren reichhaltigen Erfahrungen am Erwerbsleben genauso wie das Aufenthaltsrecht für ausländische Fachkräfte deutlicher an transparenten, systematischen und klaren Kriterien auszurichten. In der Energiepolitik setzt die christlich-liberale Koalition auf einen marktwirtschaftlichen Kurs mit Wettbewerb und Kosteneffizienz, auch bei den erneuerbaren Energien. Nur so kann eine bezahlbare und sichere Energieversorgung in Deutschland sichergestellt werden.

### **Blick nach links**

#### **Linke Drohung**

Formal führt Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen eine rot-grüne Minderheitsregierung. De facto regieren die Betonköpfe der dortigen Linkspartei munter mit. Der neueste Beleg: ein rostrotes Ultimatum bei den Verhandlungen zum Haushalt 2012. Unverhohlen droht der Düsseldorfer Linke-Fraktionschef Wolfgang Zimmermann SPD und Grünen, die notwendige Enthaltung der Linken gebe es nur, „wenn Rot-Grün auf unsere Forderungen eingeht“. Was Die Linke will? Natürlich noch mehr Geld ausgeben, das ohnehin (mehr als) leere Düsseldorfer Staatssäckel weiter strapazieren. Da auch CDU und FDP dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen wollen, dürfte Rot-Grün mächtig ins Schwitzen geraten. Die Grünen drohen bereits mit Neuwahlen. Wenn da mal Hannelore nicht bald die Kraft ausgeht.

#### **Linke Spitzel**

Die Linke-Abgeordneten im Brandenburger Landtag winden sich wie die Aale, wenn es um die Stasi geht. Kein Wunder, bei der Vorgeschichte! Wie die Berliner Morgenpost berichtet, sind fünf aktuelle Linke-Abgeordnete stasibelastet (!), ein weiterer schon aus der Fraktion ausgeschlossen. Zuletzt war eine Kommission des Landtages zu dem Schluss gekommen, dass die Abgeordnete Gerlinde Stobrawa der Stasi „denunziatorische Informationen“ über ihre Arbeitskollegen geliefert habe. Ein anderer Abgeordneter, der früher hauptamtliche Spitzel Axel Henschke, habe der Kommission bestimmte Aussagen verweigert – unter Hinweis auf seine damalige Schweigeverpflichtung! Damit wäre zumindest geklärt, welchem Staat sich diese Partei nach wie vor verpflichtet fühlt. Das vereinte Deutschland ist es nicht.

## **Aktuelle Stunde Beschämender Aufruf der Linken**

Ein beschämender Aufruf von sechs Abgeordneten der Linken zur Solidarisierung mit den menschenverachtenden Regimen in Syrien und dem Iran hat den Bundestag jetzt in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Die CSU-Landesgruppe sieht die Solidaritätsbekundungen als Schlag ins Gesicht für alle, die im arabischen Frühling ihr Leben für Freiheit und Demokratie riskieren.

Während das Assad-Regime mit Panzern gegen seine eigene Bevölkerung vorgeht, wirft der von sechs Abgeordneten der Linken mit unterzeichnete Aufruf ausgerechnet der EU und den USA eine menschenverachtende Syrien-Politik vor. Die Linken verlangen dabei ernsthaft, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der despotischen Regime einzumischen sowie die sofortige Beendigung aller Embargomaßnahmen. Die Fraktionssprecherin für „Internationale Beziehungen“ erläuterte sogar, der Aufruf decke sich vollständig mit der Linie ihrer Partei. Das ist für die CSU-Landesgruppe eine nicht hinnehmbare Verhöhnung der Opfer der menschenverachtenden Systeme. In den letzten 10 Monaten sind in Syrien nach UN-Angaben mehr als 5.000 Menschen beim Kampf für Freiheit und Demokratie durch das Assad-Regime getötet worden.

Für die Landesgruppe steht fest, dass die unselige Tradition der Verteidigung von Schießbefehlen durch die Linke ein Ende haben muss. Die Fraktionsführung müsse sich endlich von dem Aufruf distanzieren und sich deutlich an die Seite der Maßnahmen gegen Syrien und den Iran stellen. Insbesondere auch die Aufhebung der Embargomaßnahmen gegen den Iran offenbare mit Blick auf die derzeitigen Drohungen, die Straße von Hormus und damit die freien Seewege zu blockieren, den außenpolitischen Blindflug der Fraktion. Die Linke mache gemeinsame Sache mit Despoten und Diktatoren.

## **Standort Deutschland Forschungsbilanz**

In der Debatte zum Gutachten über die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands konnte die CSU-Landesgruppe eine positive Bilanz der letzten Jahre ziehen.

Seit die Union regiert sind die Haushaltsmittel des Bundes für Forschung und Entwicklung von 9 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf zuletzt geplant 12,8 Mrd. Euro im Jahr 2011 angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 42 Prozent. Auch die deutsche Wirtschaft hat trotz der Krise beim Ausbau ihrer Investitionen in Forschung und Entwicklung Kurs gehalten: Im Wirtschaftssektor wurden im Jahr 2010 fast 47 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Dies ist ein Plus von über 21 Prozent gegenüber 2005. Deutschlands Innovationskraft hat sich damit in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Dies wird auch von der Expertenkommission Forschung und Innovation in ihrem Gutachten bekräftigt.

In Deutschland ist damit das auf europäischer Ebene vereinbarte 3-Prozent-Ziel in greifbare Nähe gerückt. Die Länder der Europäischen Union haben sich im Jahr 2000 das Ziel gesetzt, mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren. Der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt liegt nach aktuellen Berechnungen bei über 2,8 Prozent im Jahr 2010. Neben der massiven Erhöhung der Finanzmittel im Forschungsbereich hat Deutschland auch international beachtete Initiativen wie die Exzellenzinitiative und die Hightech-Strategie auf den Weg gebracht.

In ihrem Gutachten empfehlen die Wissenschaftler dem Bund nunmehr, sich stärker in den europäischen Koordinationsprozess einzubringen. Die Schaffung eines effektiven europäischen Innovations- und Forschungssystems sei dringend erforderlich, da „es für keines der europäischen Länder heute noch möglich ist, allein gegen die wachsende Konkurrenz aus Asien und Nordamerika zu bestehen“.

### **Welchen Rahmen braucht das Internet? Enquete „Internet“ zieht Zwischenbilanz**

Es geht um Themen wie Internetsicherheit, Datenschutz oder Netzneutralität, nach anderthalb Jahren hat die Arbeit der Internet-Enquete einige wesentliche Fragestellungen intensiv und kontrovers beleuchtet. Der Bundestag beschäftigte sich jetzt in einer großen Debatte mit dem vorgelegten Zwischenbericht.

Bis zum Sommer soll die Internet-Enquete Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, mit der die Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland weiter verbessert werden können. Die Themen der mit 17 Abgeordneten und gleich vielen unabhängigen Sachverständigen besetzten Kommission sind dabei außerordentlich komplex. Ein Punkt: Das Internet macht nicht an Landesgrenzen halt. Vielmehr macht die globale Entwicklung des Internets deutlich, dass es neue internationale Ansätze geben muss, die politischen Fragen der Digitalisierung zu diskutieren und zu beantworten.

Eine wesentliche Besonderheit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ ist die Möglichkeit zur Online-Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. „Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein“ – so steht es im Einsetzungsbeschluss. Jeder kann daher über verschiedenste Beteiligungsmöglichkeiten online auf den Seiten des Deutschen Bundestages an der Arbeit der Kommission mitwirken. Der Einsatz einer Beteiligungssoftware in einem parlamentarischen Gremium ist ein bisher einzigartiges Experiment in Deutschland. Mehr unter: [www.bundestag.de/internetenquete/](http://www.bundestag.de/internetenquete/).